

Ist die Tatsache, sich zu verweigern, immer ein unmoralischer Akt?

Désobéir, un acte toujours immoral?

Das ist eine Debatte über Einzelkämpfer, die mit ihren illegalen Aktionen gegen Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft vorgehen.

Isabelle Hartmann, die regelmäßig für die Zeitschrift *écoute* schreibt, berichtet im Aprilheft 2013 über diesen gesellschaftlichen Vorgang, über den auch in Deutschland heftig diskutiert wird. Vielleicht kommen wir in Deutschland zu einem anderen Ergebnis als unsere Nachbarn in Frankreich. Vergleiche sind immer von Nutzen. Man kann immer etwas dazu lernen, woran man nicht gedacht hat.

Ich habe mich bemüht, den etwas schwierigen, sogar sperrigen Text, aus dem Französischen zu übersetzen.

Wenn er, **Michel Mespoulède**, Angestellter der französischen Elektrizitätsgesellschaft, (EDF) seine Arbeit verliert, dann dieses Mal, wenn er unentgeltlich arbeitet. Wie der „heilige König der Diebe“, nimmt er auf seine Art den Reichen, um es den Armen zu geben. Der Abend ist gekommen, und wieder schließt er Personen, denen der Betrieb am Tag den Strom genommen hat mangels Bezahlung, wieder an das Netz an.

Das ist sicher illegal. Indem er aber so handelt, könnte Michel Mespoulède seine Arbeit verlieren wie einige tausend andere bei EDF Beschäftigte, die jeden Tag dieselben Aktionen machen. Zusammengefasst unter dem Namen „Robins der Wälder“ (*„Robins des bois“*) denken jene, dass man Menschen helfen sollte, die in Schwierigkeiten sind, Vorrang hat. Die Gefahr, ihre Arbeit bei dem wichtigsten Anbieter von Elektrizität in Frankreich, zu verlieren, ist ihnen nicht gleichgültig, steht aber erst an 2. Stelle. „Die Energie ist nicht ein Gut wie ein anderes. Wenn man weder Elektrizität noch Gas hat, dann ist man auf der Straße“, erinnert Jean-Michel Mespoulède.

Illegal, aber nicht kriminell (*Illégal mais pas criminel*)

Die „*Robins des bois*“ sind nur ein Beispiel unter vielen anderen. Jeden Tag verstoßen ungefähr zehn von tausend Franzosen gegen das Gesetz, wenn es ihnen ungerecht scheint. Einige weigern sich, der Polizei gefährdete Immigrantenkinder auszuliefern, die von Ausweisung bedroht sind. Andere besprühen Plakate, um gegen die immer vorhandene Werbung in den Städten zu protestieren, dann auch auf dem Land gegen genetisch veränderte Pflanzen, die sie für gesundheitsschädlich halten.

Diese Aktionen fallen in den Bereich des **zivilen Ungehorsams** (*désobéissance civile*): Sie sind illegal, aber nicht kriminell. Ihre Autoren vollenden sie ohne Gewaltanwendung vor aller Augen häufig in der Öffentlichkeit. Sie wollen dadurch die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf ein Gesetz lenken, das sie für ungerecht halten. Ihre Motivation ist manchmal auch politischer Natur. Ihre Interventionen unterscheiden sich von Wehrdienstverweigerern, anerkannt durch das Gesetz, weil sie in einer Gruppe geführt werden. Schließlich akzeptieren die „Verweigerer“ („*désobéissants*“) Sanktionen, die vom Gericht gefällt werden. Sie anerkennen und fügen sich der Justiz in ihren Ländern, selbst wenn sie ins Gefängnis führt.

Ohne Gesetz ist das Chaos (*Sans loi, c'est le chaos*)

Die gegen die zivile Verweigerung opponierenden Menschen erinnern daran, dass in der Demokratie das Gesetz Ausdruck eines **sozialen Vertrags** (*l'expression d'un „contrat social“*) ist, wie bereits der Philosoph Rousseau im 18. Jahrhundert es erklärt hat. Die Schriften, verabschiedet durch die Abgeordneten, den Repräsentanten des Volkes, sind juristische Texte und das Ergebnis einer Konsenspolitik. Sie gelten in der ganzen Welt und sichern so den sozialen Frieden. Die Gegner dieser Praxis meinen, wenn jeder Bürger, so er gegen die Gesetze, die ihm nicht gefielen, verstieße, würde eine Situation entstehen, nicht mehr und nicht weniger mit einer Anarchie vergleichbar.

Sie unterscheiden deshalb zwei Fälle der zivilen Verweigerung.

1. Die illegale Aktion ist ohne Tragweite und deshalb ohne sichtbare Konsequenz für die öffentliche Meinung. Sie ist nicht Absicht einer wirklichen Infragestellung des Systems und für die Oppositionellen unbrauchbar.
2. Die illegale Aktion hat bedeutende Folgen. Seitdem sie mehr die demokratische Ordnung des Landes respektiert, auf der Tatsache beruhend, dass eine Veränderung des Rechts durch eine Mehrheit gewollt sein muss, diskutiert, abgestimmt und nicht erzwungen durch eine Minderheit. Sie bedroht den Rechtsstaat und muss bekämpft werden, um das soziale Gleichgewicht zu erhalten.

Ohne Mut keine Demokratie (*sans courage, pas de démocratie*)

Legalität ist nicht Legitimität. Die Verfechter der Verweigerung wissen das sehr genau. Aber sie haben Freude daran, Martin Luther King zu zitieren. Der berühmte afro-amerikanische Pfarrer und Held des Kampfes für die zivilen Rechte unterstützte jeden, der gegen ein Gesetz verstieß, weil sein Gewissen es für ungerecht hielt, sogar freiwillig eine Gefängnisstrafe akzeptierte, um das soziale Vertrauen gegen diese Ungerechtigkeit aufzubringen, was in der

Wirklichkeit den größten Respekt für das Recht zeigt...Vergessen wir niemals, dass alle diese Aktionen von Adolf Hitler in Deutschland „legal“ waren. In diesem Sinn ist das nicht der Respekt des Gesetzes, sondern eher der Mut, der die höchste Qualität des Bürgers ist. Das Recht auf die zivile Verweigerung ist so eingeschrieben in die französische Verfassung, die den Widerstand gegen die Unterdrückung rechtfertigt. Das ist der Lehrer und amerikanische Philosoph Henry David Thoreau, der als Erster den Begriff der zivilen Verweigerung gebrauchte. Er hat sie selbst praktiziert. Vor einer öffentlichen Rede mit dem Titel „Die Rechte und die Macht des Individuums angesichts der Regierung (1848)“ wird er erklären, dass er sich weigere, seine Steuern zu bezahlen, weil er mit diesen den Krieg und die Sklaverei in Mexiko bezahlen müsste, Ursachen, die er nicht unterstützen wollte.

Die Gewaltlosigkeit als Waffe (*La non-violance comme arme*).

Indem man einige Gesetzestexte infrage stellt, wären die „Verweigerer“ deshalb noch nicht die Totengräber der Demokratie, sondern eher ihre Verteidiger. Sie würden gegen die Entgleisungen eines politischen Systems und einer blockierten Gesellschaft eintreten durch Beharrlichkeit, allmächtig gegenüber einer Missachtung der Menschenrechte und manchmal sogar der Menschlichkeit (*l'humanisme*).

Die Mehrheit erinnert schließlich daran, dass die Gewaltlosigkeit der Schlüssel ihres Verhaltens ist. Mahatma Gandhi, ein Inder, ist dafür ein berühmtes Beispiel, indem er die Gewaltlosigkeit vor seinen 6 Millionen Anhängern Anfang des 20. Jahrhunderts predigt, hat der indische Rechtsanwalt entscheidend zum Ende der britannischen Kolonisation Indiens beigetragen, aber völlig ohne Krieg mit dem Kolonisateur, also den Engländern. Über die zahlreichen Aktionen, die legal durchgeführt worden waren, weiß man nicht viel.

Zu diesem Thema äußern sich einige Fachleute.

Für oder gegen den zivilen Ungehorsam?

Manual Cervera-Marzal, Doktorant der philosophischen Politik

Dem zivilen Ungehorsam sollte Verfassungsrang gegeben werden. Dies stellt scheinbar ein logistisches Problem dar: Es kann nicht das juristische Recht sein, das Gesetz zu verweigern. Aber die französische Verfassung schließt die Ausnahmeverfahren in ihrem Artikel 16 im Besonderen für den Präsidenten der Republik ein. Das Recht auf die zivile Verweigerung wäre dann auch unten für den Bürger da, was für den Staat oben, also für den Präsidenten der Republik, möglich ist. In den zwei Fällen würde es sich im Moment um eine Handlung gegen die juristische Ordnung handeln, um sie zu schützen.

Jean-Marc Fournier, Chef der liberalen Partei in Quebec

Der zivile Ungehorsam ist ein schönes Wort für Vandalismus. In einer demokratischen Gesellschaft muss das Recht respektiert werden. Man kann nicht einfach sagen: „Ich mag dieses Gesetz dort nicht.“ („*Je n'aime pas cette loi-là*“). Man kann nicht an den Staat die Forderung stellen, sich vollständig zu Gunsten des Vorteils der Straße, des lauten Protests und des Vandalismus zurückzunehmen. Welche Konsequenz ergibt sich daraus? Wer keinen Respekt vor dem Gesetz, vor dem Nachbarn, vor dem Mitbürger hat, der trägt nicht zur Lösung bei. Es gibt Menschen, die mit Blick auf ihre persönliche Sicherheit gefährlich sind.

Muss man sich manchmal verweigern? (*Faut-il parfois désobéir?*)

Xavier, 40 Jahre, in der Kommunikation tätig

Die Verweigerung macht es möglich, sich die politische Handlung anzueignen. Deshalb passiert es häufig, dass das, was legal ist, nicht wirksam ist! Indem man sich verweigert, handelt man dort, wo sich das Problem stellt, also ohne Mittelsmann etwas zu machen. Die Abgeordneten werden weniger empfindlich gegenüber den traditionellen Mitteln des Protestes wie den Petitionen oder den Demonstrationen.

Susanne, 61 Jahre, Bürgermeisterin

Man sollte in der Lage sein zu reflektieren oder sich zu verweigern, wenn es sich um anormale Sachen handelt. Es gibt einen Moment, wo die Freiheit wichtiger ist als das Gesetz oder die Ausführungen! Die „Verweigerer“ sind ein Interessenverband für die Druckanwendung. Sie halten die Debatte in Gang. Aber man sollte nicht übertreiben: Wenn einige Graffiti-sprayer die Solarmodule meines Hauses beschmieren würden, weil sie ihnen nicht gefielen, dann wäre es zu viel!

Ravira, 32 Jahre Student der Soziologie

Das ist eine der Lösungen vieler Probleme. Es müsste durch das Beispiel eines Mahatma Gandhi möglich sein, Palestina zu verteidigen und nicht die Apostel der Gewalt, die in diesem Moment regieren. Die israelische Armee würde dann weniger dazu neigen, die Gewalt angesichts der gewaltlosen Demonstrationen anzuwenden.

Die Debatte ist eröffnet!

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 13. 04. 2013